

TRIPS

Von Rio nach Cancún: Selbstbestimmungsrechte sind nicht verhandelbar

**Zusammenfassung eines Policy Papers zur 5. WTO-Ministerkonferenz in
Cancún, Mexiko, 19. August 2003**

im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung

AutorInnen

Silvia Rodríguez Cervantes, Costa Rica, Nationaluniversität Herida, Costa Rica, emigriert

Angel Maria Ibarra Turcios, El Salvador, Doktor der Medizin und Präsident der UNES, dem wichtigsten salvadorianischen Umweltverband

Alejandra Rotania, Brasilien, Koordinatorin des Programms von SER MULHER – Frauenforschungs- und Aktionszentrum

Unter besonderer Beratung von **Silvia Ribeiro**, Mexiko, ETC-Gruppe

Die Vorläufer

Mit der Unterzeichnung der Konvention über Biologische Vielfalt (CBD) im Jahre 1992 schien die Welt begriffen zu haben, dass der Umgang mit biologischen Ressourcen und dem damit verbundenen Wissen auf dreierlei Wegen angegangen werden muss:

- dem Schutz der biologischen Vielfalt,
- der nachhaltigen Nutzung dieser Ressourcen zum Wohl der jetzigen und zukünftigen Generationen
- sowie der Notwendigkeit, die Vorteile aus der Ressourcennutzung gerecht zu verteilen.

Desgleichen fordert das Abkommen, das traditionelle Wissen indigener Völker und bäuerlicher Gemeinden über biologische Ressourcen zu fördern und zu bewahren, die seit jeher eben diese Ressourcen erhalten und weiter entwickelt haben.

Dennoch spürte man schon in den Vorbereitungskonferenzen zur UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung, bei der die CBD verabschiedet wurde, die spannungsreiche Beziehung zwischen dem Schutz kollektiver Rechte und der Natur einerseits und der Privatisierung lebender Materie andererseits. Die durch CBD geweckten Hoffnungen verloren sich bereits in der Zweideutigkeit einiger ihrer Artikel, vor allem aber mit dem 1995 in Kraft getretenen TRIPs-Abkommen der WTO, welches zum ersten Mal international verbindlich vorschrieb, geistige Eigentumsrechte an Mikroorganismen, Pflanzen und mikrobiologischen Prozessen zur Verfügung zu stellen. TRIPs kommt in der Auslegung der zweideutigen Regeln der Biodiversitätskonvention in Richtung Freihandelsregime à la WTO zum Nachteil der indigenen Völker und lokalen Gemeinschaften eine Schlüsselrolle zu. Zudem brachte es neue Schranken für den Zugang zu Medikamenten und entwickelte

sich damit insbesondere für Bevölkerungen mit einem hohen Anteil an HIV-positiven Menschen zu einem zentralen Problem öffentlicher Gesundheitsversorgung.

Das Freihandelsparadigma schränkt die lokale Selbstbestimmung ein

Vor dem Hintergrund der Ergebnisse der WTO-Ministerkonferenzen (besonders der 4. Konferenz in Doha, Katar im Jahre 2001) und der Vertragsstaatenkonferenzen der CBD, zu denen heute auch die eher mageren Ergebnisse der Internationalen Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) gestoßen sind, stellen die AutorInnen fest:

Wenn wir weiterhin innerhalb der vom Welthandel vorgegebenen engen Rahmenbedingungen handeln, die das Konzept des geistigen Eigentums als einziges Instrument ansehen, um ausländische Direktinvestitionen anzuziehen oder wiederzuerlangen und Gewinne zu verteilen, werden die Bevölkerungen Lateinamerikas nur sehr wenig oder gar nichts im Bereich der sozioökonomischen und ökologischen Entwicklung, ihrer Selbstbestimmung und vor allem in Bezug auf die Grundrechte der indigenen, ländlichen und lokalen Gemeinschaften erreichen.

Das TRIPs-Abkommen vor der Ministerkonferenz in Cancún

Das Policy Paper setzt sich zunächst mit den geistigen Eigentumsrechten zugrunde liegenden Argumenten auseinander. Aus bioethischer Perspektive analysiert es die dahinter stehenden gesellschaftlichen Entwicklungen, insbesondere hinsichtlich der Patentierung von Lebensformen. Daraufhin überprüfen die AutorInnen die neuen Formen der biologischen Kolonisierung ebenso wie die Versprechen des ProtagonistInnen des Konzeptes des geistigen Eigentums für die Länder des Südens und äußern Bedenken gegenüber den Bestimmungen zu geistigen Eigentumsrechten innerhalb des geplanten Abkommens über die Amerikanische Freihandelszone (FTAA/ALCA) und anderer Freihandelsverträge. Darüber hinaus werden die Auswirkungen von Patenten für pharmazeutische Produkte auf die öffentlichen Gesundheitssysteme untersucht.

Die AutorInnen stellen fest,

- dass die Konvention über Biologische Vielfalt, CBD, den Forderungen des im Rahmen der WTO ausgehandelten TRIPs-Abkommens immer mehr nachgegeben hat (beispielsweise mit den *Bonner Richtlinien für den Zugang zu genetischen Ressourcen und den gerechten und gleichberechtigten Vorteilsausgleich* oder bei der Bearbeitung des Schutzes von traditionellem Wissen durch die Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO)).
- dass neue regionale Handelsverträge abgeschlossen werden, die über die Forderungen von TRIPs noch hinausgehen und die Ernährung und Gesundheit der Bevölkerung noch stärker betreffen.
- dass die Resultate der Diskussionen im TRIPs-Rat nichtig waren, da das Mandat der Doha-Erklärung, welches die Überprüfung der

Beziehung zwischen dem TRIPs-Abkommen und der CBD insbesondere mit Blick auf traditionelles Wissen und öffentliche Gesundheit vorsieht, nicht erfüllt wurde.

Im Policy Paper wird demnach festgehalten, dass die Eingangsthese von der Einschränkung der Selbstbestimmungsrechte ihre Gültigkeit behält und dass - um diesem Problem zu begegnen - die Zivilgesellschaft, heute mehr denn je eine protagonistische Rolle spielen muss. Klar definierte Positionen müssen die Auswirkungen geistiger Eigentumsrechte auf die Biodiversität, dem damit verbundenen Wissen, die Landwirtschaft und Gesundheit offen legen. Die Zivilgesellschaft muss sich darüber hinaus für die Abschaffung des Art. 27.3 (b) des TRIPs-Abkommens einsetzen, um geistige Eigentumsrechte auf Lebensformen aller Art unmöglich zu machen. Kämpfen muss sie auch für die Ausnahme von traditionellem Wissen und Gesundheit von den weitreichenden Entscheidungen jedweder Freihandelsverträge.

Vorschläge zur Bearbeitung des Themas aus Sicht der Zivilgesellschaft:

Im vierten Teil des Dokuments – zusammengefasst in den unten stehenden Schlussfolgerungen - werden eine Reihe von „Stichpunkten für ein Arbeitskonzept der Zivilgesellschaft“ in allen hier analysierten Themen aufgeführt, die als Anregung zur Diskussion dienen mögen.

Zusammenfassung unserer Prinzipien, Positionen und allgemeinen Vorschläge¹

Nein zum geistigen Eigentum an Lebensformen sowie ihrer unbelebten Komponenten sowie an dem damit verbundenen Wissen, seien es Patente oder andere Formen von intellektuellem Eigentum.

Ja zur Abschaffung des TRIPs-Abkommens, insbesondere des Artikels 27.3 (b). Im TRIPs Abkommen, Artikel 27.3 (b), wurden zum ersten Mal alle Unterzeichnerländer verpflichtet, Patente auf Mikroorganismen und Mikrobiologische Prozesse der Flora und Fauna zu vergeben. Die Aufnahme von Lebensformen in das Patentrecht stellt einen moralischen, ethischen und juristischen Einschnitt dar, wie es ihn nie zuvor gegeben hat. Zwar werden vollständige Lebewesen (Pflanzen und Tiere) davon ausgenommen, nicht aber deren molekulare Strukturen, die einen wesentlichen Teil der Einzigartigkeit und Vollkommenheit aller Lebewesen und des Menschen ausmachen.

Ja dazu, dass Landwirtschaft, Biodiversität, Gesundheit, traditionelles Wissen und allem, was mit der Kultur, den Rechten und Lebensformen von Kleinbäuerinnen und -bauern und indigenen Völkern zusammenhängt, aus den WTO- und ALCA-Verhandlungen ausgeschlossen wird, ebenso wie aus allen anderen Freihandelsverträgen.

¹ De Río a Cancún: Los Derechos de los pueblos no son negociables, hbs, August 2003

Nein zur Diskussion von traditionellem oder indigenem Wissen auf internationaler, nationaler oder regionaler Ebene, wenn dies nicht auf Eigeninitiative der indigenen Gruppen oder Bauernorganisationen hin geschieht.

Nein zur parallelen und komplementären Arbeitsweise der CBD und der WTO wie der FAO, WIPO und UPOV², die unter der Prämisse des Freihandels die Privatisierung des Lebens legalisieren und versuchen, dies durch geistige Eigentumsrechte als akzeptabel durchzusetzen. Die Hauptinstrumente der Legitimierung sind: Die Offenlegung der Herkunft der verwendeten Rohstoffe und ähnliche Mechanismen, mit denen wir im Grundsatz einverstanden sind, aber nicht, um dadurch die Vergabe von Patenten oder anderer intellektueller Eigentumsrechte zu rechtfertigen.

Nein zur moralischen Legitimierung von Biopiraterie und Privatisierung durch die CBD-Vorgabe *Prior Informed Consent* (PIC – vorherige informierte Zustimmung): Diese erkennt die grundlegenden und von alters her überlieferten Rechte der indigenen Völker auf ihre Kultur, ihr Land, Territorien und Ressourcen nicht an, sondern sieht sie nur als Teilobjekte, die ihre Zustimmung zum Verkauf und der Nutzung der Ressourcen im Gegenzug zu einer vertraglich festgelegten Kompensation geben. Dabei geht es nicht um den ausgehandelten Betrag, sondern um die Tatsache, den Verkauf an sich unter diesen Bedingungen zu akzeptieren.

Ja zur vollkommenen Anerkennung der integralen Rechte von Bäuerinnen und -Bauern sowie indigenen Völkern auf ihre Kultur, Ressourcen, Territorien, Regierungsformen und ihr Land. Sie sind nicht an einer monopolistischen Aneignung von Genen oder molekularer Information interessiert, sondern an der Bewahrung und Nutzung der Ökosysteme und ihrer Ressourcen als ein Ganzes zum Überleben und dem ihrer Kulturen.

Nein zur Legalisierung von Biopiraterie durch den so genannten gerechten Vorteilsausgleich (benefit sharing) im Gegenzug für geistige Eigentumsrechte und unter der Prämisse: *Wenn bezahlt wird, ist es keine Piraterie sondern Verkauf*. Wir bleiben dabei, dass es sich aufgrund der Privatisierung und Monopolisierung der Ressourcen sowie des damit assoziierten Wissens um Biopiraterie handelt, sei es mit oder ohne Entschädigung.

Nein zur so genannten „Souveränität“ der Staaten, die die reale und notwendige Selbstbestimmung indigener Völker verleugnet, aber den Regierungen den Verkauf von Ressourcen ermöglicht, die ihnen nie gehörten. Die Staaten nehmen sich damit die Fähigkeit, das Eigentum an genetischen Ressourcen, die bis vor kurzem keine Eigentumsobjekte darstellten, weiterzugeben. Sie sind aber auch nicht das Eigentum indigener Völker oder bäuerlicher Gemeinden. Genetische Ressourcen sind öffentliche Güter, die von niemandem privatisiert werden können.

Ja zu aller öffentlichen Forschung ohne die Möglichkeit, dass jemand Nutzen daraus zieht (so wie es im Laufe der Geschichte, auch in der neuesten, gewesen ist).

² CBD = Biodiversitätsabkommen/ FAO = Organisation für Ernährung und Landwirtschaft der UN/ OMPI = Weltorganisation für Intellektuelles Eigentum/ UPOV = Internationaler Verband zum Schutz von Pflanzenzüchtungen

Ja zu den Vorschlägen einer umfassenden Gesundheitspolitik für alle, die ihre Handhabung außerhalb der WTO, des ALCA und jedem anderen Freihandelsvertrag voraussetzt.

Ja zur Einbeziehung der Geschlechterperspektive in der Analyse und in Vorschlägen zu den Auswirkungen des geistigen Eigentums auf Gesundheit und Ernährung.

Ja zur Einbeziehung bioethischer Prinzipien hinsichtlich der monopolistischen Aneignung von biologischen Ressourcen und dem damit verbundenen Wissen sowie der Technologien zur Nutzung dieser.

Kontaktadressen:

Silke Helfrich, Corinna Heineke: boell.direccion@intergra.com.sv